

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

August 08/2005

Ein Sonntag im Juni

Ich fahre gerne zum Sonntagsspaziergang zum Heisenhof. Leider dachten an diesem Sonntag zu wenige so wie ich - obwohl unsere Bremer Fraktion dieses Mal nicht mit einem Auto auskam, sondern mit zweien anreiste.

Eine im Vergleich zum Spaziergang im April (ca. 2.000 Teilnehmer) kleine Gruppe von ca. 450 Antifaschisten traf sich am 19. Juni zum Sonntagsspaziergang zum Heisenhof. Es war ein so heißer Tag, dass ältere Heisenhof-Gegner, trotz der teilweise durch Wald führenden Strecke, nicht teilnehmen konnten.

Viele junge Leute dachten sich wohl, dass es auf einen mehr oder weniger nicht ankomme und machten sich auch lieber auf den Weg zu Badesee und Schrebergärten. Leider kommt es wie eh und je auf jeden an. Ich fahre gerne zum Sonntagsspaziergang dort hin, nicht nur weil ich nicht umsonst in

der VVN-BdA bin, sondern weil diese Spaziergänge mir immer den Glauben an

mit ihrem schweren Rucksack auf dem Rücken bei dieser Hitze schon leid. Die



Einen der wenigen schattigen Plätze gefunden

unsere Polizei wiedergeben. Ich fühle mich hier nicht von ihnen bedroht, nur begleitet. Andere könnten vielleicht sagen, dass die uns nicht erst nehmen. Ganz ohne Sturmhausrüstung kamen sie in leichter Sommeruniform und Baseballkappen daher. Da tat mir die Sanitärerin,

Polizisten treten hier nicht martialisch auf und sind für ein Pläuschchen am Rande gerne zu haben. So zum Beispiel, als ein Teilnehmer zu einem Polizisten meinte, dass er schon länger demonstrierte, als jener bei der Polizei sei. Beide bemerkten, dass sie in der gleichen Kaserne gedient hatten. Und fanden so Gemeinsamkeiten, die es sonst zwischen "uns" und "denen" nicht gibt.

Schon die Anreise zum Spaziergang ist immer sehr angenehm: Polizei und Feuerwehr weisen jedem, der mit Bus oder PKW anreist, den Weg zu einem überdachten und daher schön schattigen Parkplatz auf einem ehemaligen Militärgelände. Wir machten uns mit Wasserflaschen bewaffnet auf den Weg. Angekommen am Kundgebungsplatz verteilte sich die Menge auf die Schattenplätze.

Weiter geht es auf Seite 3

Unsere Forderungen in den Wahlkampf einbringen

Vorausgesetzt der Bundespräsident und - im Falle einer Klage auch das Bundesverfassungsgericht - bestätigen den Beschluss des Bundestages vom 01. Juli, dann haben wir also am 18. September vorgezogene Bundestagswahlen. Worauf kommt es, angesichts der sich mit den Wahlen abzeichnenden weiteren Rechtsentwicklung, für Antifaschisten dabei vor allem an? Worauf kann die VVN-BdA Bremen orientieren? Dazu ein paar Gedanken.

Ganz zuerst gilt es, den Stimmanteil der Neonazis so gering wie möglich zu halten, ihren Einzug ins Parlament zu verhindern und für eine Politik einzutreten, die der Rechtsentwicklung entgegenwirkt. Das erfordert aktive Beteiligung an Aktionen wie z.B. den "Spaziergängen" gegen die Umtriebe der Neonazis auf dem Heisenhof. Das erfordert sich auseinanderzusetzen mit deren sozialer Demagogie, mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Aber das erfordert auch deutlich zu sagen, dass die Politik der zutiefst unsozialen Reformen, der Begünstigung der Reichen auf Kosten immer neu-

er "Massenbelastungen", wie sie bisher von der "rot-grünen" Bundesregierung praktiziert wurde und nach dem 18. September verstärkt fortgesetzt werden wird, Rechtsextremismus und Neonazismus fördert.

"Wichtig zur Abwehr neonazistischer Wahlerfolge ist das Aufzeigen und Deutlichmachen einer demokratischen Alternative, damit nicht noch mehr Menschen in die Resignation oder in politische Verzweiflung getrieben werden"; so heißt es in unserer Bundeszeitung antifa. Gleichzeitig betonen wir darin aber auch die Überparteilichkeit der VVN-BdA, geben

deshalb auch keine Wahlempfehlung für eine bestimmte Partei. Wir popularisieren unsere jeweils aktuellen Forderungen an die Politik, so genannte Wahlprüfsteine. Dem einzelnen Mitglied unserer Organisation ist es natürlich freigestellt, für eine bestimmte Partei zu plädieren, wie es z.B. in dieser Ausgabe des BAF unser Kamerad Ernst Busche tut oder unser Vorsitzender Raimund Gaebelein mit der Unterzeichnung des Bremer Aufrufs für ein linkes Wahlbündnis gemacht hat. In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Vorschläge machen: 1) die September-Nr. des BAF als Wahl-Sonderausgabe zu gestalten mit möglichst vielen Leserzuschriften zum Thema Bundestagswahl und 2) eine Öffentliche Landesmitgliederversammlung im Wahlmonat September - möglichst mit bekannten Persönlichkeiten - durchzuführen.

Herbert Breidbach

Straßenschlachten wie in Großbritannien

Nach Münteferings vorgeblicher ‚Kapitalismuskritik‘ und seinem unsäglichen Heuschreckenplagen-Gerede berichteten alle Zeitungen von Westerwelles Reaktion in einem Interview mit der Zeitschrift Focus. Er wettete darin gegen die Gewerkschaftsfunktionäre als *"die wahre Plage in Deutschland, denn deren Politik kostet Hunderttausende Arbeitsplätze"*, und nannte als sein Ziel, *"die Gewerkschaftsfunktionäre (zu) entmachten"*.

Gewerkschaften sind Zusammenschlüsse von Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, von Lohnarbeit. Sie haben sich zusammengeschlossen, um die einzige Ware, die sie verkaufen können, möglichst teuer und zu möglichst guten Bedingungen zu verkaufen. So wie das jeder Warenverkäufer in der Marktwirtschaft macht. Erreicht wird dieses Ziel durch kollektive Verträge, Tarifverträge, denn ein Einzelner hat - zumal in Zeiten von Erwerbslosigkeit - viel schlechtere Karten.

Westerwelle will *"das starre Tarifvertragssystem aufbrechen"* und schwärmt von betrieblichen Bündnissen. Das bedeutet eine Schwächung aller Lohnabhängigen und mehr Freiheiten für die Unternehmer. Wie ernst es ihm damit ist, sagt er offen und ohne Scham. Dieser Teil des Focus-Interviews wurde in der Presse nicht zitiert, man sollte ihn aber zur Kenntnis nehmen.

"FOCUS: Wollen Sie Straßenschlachten wie in Großbritannien unter Maggie Thatcher?"

Westerwelle: *Dass Frau Engelen-Kefer und Herr Bsirske gegen ihre Entmachtung Hunderttausende auf die Straße bringen werden, damit muss ich rechnen. Wir müssten solche Massenproteste im Interesse der Gesundheit Deutschlands in Kauf nehmen. (...)* (alle Zitate aus FOCUS 18/2005, S.28-29)

Westerwelle haut auf die Gewerkschaftsvorsitzenden und meint in Wirklichkeit die Abschaffung von Rechten und Schutzmaßnahmen für Lohnabhängige, die in teilweise harten Auseinandersetzungen

erkämpft wurden und den ‚freien Wirtschaftlern‘ im Wege stehen. In diese Strategie passt sehr gut die Aufdeckung des ‚VW-Skandals‘ zum jetzigen Zeitpunkt (Anfang Juli), begleitet von der Klarstellung durch Westerwelles Stellvertreter Brüderle, die FDP wolle die Mitbestimmung abschaffen, den Kündigungsschutz lockern, Möglichkeiten von Betriebsräten einschränken.

Wir dürfen als Antifaschisten nicht nur Frey, Voigt, Rieger und Konsorten im Blick haben!

Regine Albrecht

Krönung zukunftsfest?

"Gerhard Schröder ist unser innen- und außenpolitisches Pfund" - solche Phrasen entfahren "unserem" Bundestagsabgeordneten Krönung über seinen Kanzler und dessen Politik. In den ausführlichen Interviews, die das MdB zwei Bremer Zeitungen gewährte, sagt er Ja zum Sparkurs der Regierung und erklärt deren Reformkurs für eine *"unabdingbare Voraussetzung, Sozialstaat und soziale Marktwirtschaft zukunftsfest zu machen"*. Das MdB hat wahrscheinlich jegliche Bodenhaftung verloren, denn seine Zukunftsfestigkeit ist: Kürzung der Rente, Praxisgebühr beim Arzt, der Euro ein Teuro!

Kein Wort verliert der Abgeordnete über die Sorge, die Millionen umtreibt: Arbeitslos zu sein oder zu werden und dadurch in Armut zu geraten. Hält er Zeitungsleser für so unmündig, mehrheitlich eine Sozialdemokratie zu wählen, die Sozialdemontage betreibt? Aber: wie die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Missbrauch der Demokratie

Es kommen mir immer mehr Zweifel an unserer demokratischen Grundordnung, wo doch eindeutig im Grundgesetz festgeschrieben steht, dass die Tolerierung und weitere Verherrlichung des faschistischen Staates sowie seiner unmenschlichen Führer verboten und zu bestrafen ist. Aber auf der ganzen Linie ist besonders bei den Hütern der Gesetze festzustellen, dass viele Richter, egal wo, eine überaus rechtslastige Auslegung unserer Demokratie praktizieren! Haben örtliche Institutionen geplante Aufmärsche und Kundgebungen der Neonazis verboten, heben Richter diese Verbote wieder auf mit der Begründung, es herrsche allgemeine Meinungsfreiheit.

Dass diese Meinungsfreiheit von den Neonazis missbraucht wird, um den Holocaust, die KZ's und den Beginn des 2. Weltkrieges zu leugnen, Hochrufe auf die SS zu schreien und Gedenkfeiern für den Verbrecher Rudolf Hess durchzuführen, Andersdenkende zu verprügeln und

sogar bereits Tote zu verzeichnen sind, geht an den Gesetzeshütern vorbei. Diese scheinen auf dem rechten Auge blind zu sein. Aber nicht nur dort, auch unsere "Verfassungsschützer" im Land Bremen bagatellisieren die rechte Szene und versuchen diese als belanglos hinzustellen.

Die freie Wirtschaft

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf euren Direktor vertrauen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr
herein,
wir wollen freie Wirtschaftler sein!
Keine Kartelle in unserm Revier!
Ihr nicht, aber wir.

Wir wollen euch einzeln.
An die Gewehre!
Das ist die neueste Wirtschaftslehre.
Vorbildlich wirken für diese Idee
die Offiziere der alten Armee,
die Stahlhelm- und die Hitlerleute,
so war es gestern, so ist es heute.
Und wißt ihr, was gespielt wird hier?
Ihr nicht! Aber wir!

Kurt Tucholsky, 1930

und Nordrhein-Westfalen zeigen, haben Wählerinnen und Wähler keine Lust mehr eine Partei zu wählen, die zu ihren Lasten umverteilt. Und kritische Zeitgenossen können am 18. September eine echte Alternative wählen, nämlich ein linkes, soziales und demokratisches Bündnis. Die neuen PDS- und WASG-Abgeordneten werden zwar nicht mitregieren, aber einer CDU-FDP Regierung oder gar einer großen Koalition Opposition bieten. Was mich als Gegner von Militär und Waffen zusätzlich für das neue Linksbündnis einnimmt, ist das klare Nein von WASG und PDS zur Aufrüstung von NATO und Bundeswehr und für ein Ende von Waffenproduktion und -export. Als einzige Partei hat schließlich die PDS schon in den vergangenen Jahren die Beteiligung an Kriegseinsätzen, wie auch die Militarisierung abgelehnt. - Für mich ist also das Problem, was wählen, gelöst!

Ernst Busche

Dass die Neonazis verstärkt versuchen, ihre verbotenen Ideen in die Schulen zu tragen, wird zwar erwähnt, aber diese Gesetzeshüter sind dort nicht aktiv, um die Verteilung von CD's und Pamphlete mit faschistischen Inhalten zu verhindern!

Darum sind wir Antifaschisten aufgerufen, den jungen Menschen die Wahrheit über die Nazizeit näher zu bringen und als Zeitzeugen in den Schulen aufzuklären.

Es gibt bereits gute Beispiele und in mehreren Schulen sind schon Antifa-Arbeitsgruppen geschaffen worden, die gute Aufklärungsarbeit leisten.

Friedel Becker

Langemarckstraße - Umbenennung - Ja oder Nein

Der Ausschuss des Beirates Neustadt zur Umbenennung von Straßennamen "mit militärischem und rassistischem Hintergrund" kam in seinen Sitzungen zu keinem Ergebnis. Die Meinungen waren zu unterschiedlich. Bündnis 90/ Die Grünen hatten deshalb zu einer Veranstaltung mit dem oben genannten Thema für den 04.07. in die Zionsgemeinde Geschäftsleute, Anwohner, Mitglieder des Beirates Neustadt und die Mitglieder des Ausschusses eingeladen.

In kurzen Statements wurde zu Anfang noch mal auf die Vergangenheit dieser Straße und den Missbrauch des Namens Langemarck durch die Nazis hingewiesen. Der Ausschuss hatte sich im Staatsarchiv schlau gemacht! Es waren sechs von 450 Anwohnern und ein Geschäftsmann aus der Straße anwesend. Die Anwohner bedankten sich für die Aufklärung: "das hatten wir so nicht gewusst". Aber dann wandten sie sich gegen eine Umbenennung. Ihr Argument: "Das wird uns zu teuer." Dagegen steht jedoch die

Auskunft des Stadtamtes, dass eine solche Umbenennung nichts kostet. Der

Worte: "ist nach meiner Meinung nicht nötig" Diese Meinung kam nicht gut an!



Langemarck: Hain des Schweigens

Vertreter der CDU-Fraktion im Beirat - leider war die SPD-Fraktion nicht anwesend - äußerte den Standpunkt "keine Umbenennung! Der Name soll an die Schlacht erinnern." Sein Vorschlag: Unter dem Straßenschild einen Zusatz anzubringen wie: Den Tod der vielen, schlecht ausgebildeten Freiwilligen, die bei Langemarck umkamen, zwar zu erwähnen, aber keinen Hinweis auf die Nazi-Vergangenheit. "Das", so seine

Bündnis 90/Die Grünen und die PDS im Beirat, wie auch ich, als Mitglied des Ausschusses sind für die Umbenennung der Straße. Die historische Darstellung dieses Ereignisses und der Zusammenhang mit der Glorifizierung durch die Nazis sind auf einem Straßenschild nicht darstellbar. Der Geschäftsmann machte den Vorschlag, einen Lehrpfad entlang der Langemarckstraße durch Künstler gestalten zu lassen. Tafeln sollen die Vergangenheit und den Zusammenhang darstellen, wie die Nazis die Umbenennung der drei damaligen Straßennamen in Langemarck für die Vorbereitung ihres verbrecherischen 2. Weltkrieges missbraucht haben.

In der Beiratssitzung im September werden alle Vorschläge noch mal diskutiert. Es gibt einige positive Beispiele von Umbenennungen, wo der Name Langemarck verschwunden ist oder die Straße ihren ursprünglichen Namen zurückbekommen hat. In einer der nächsten BAF-Ausgaben kann ich das erläutern.

Ingeborg Breidbach

Braune Lügen erkennen

Vor sechs Jahren befasste sich der Verlag an der Ruhr in dem Buch "IN AUSCHWITZ WURDE NIEMAND VERGAST" mit rechtsradikalen Lügen zum Thema Nazismus. Im April 2001 haben wir dieses Buch im BAF besprochen. Der Verlag erkannte, dass es notwendig ist, auch den aktuellen braunen Lügen so ein Buch entgegenzusetzen ist. Dampfe Parolen wie "Ausländer sind krimineller veranlagt als Deutsche" oder "Organisierte Kriminalität und Drogenhandel sind fest in ausländischer Hand" oder "Ausländische

Frauen sind unterdrückt: Sie müssen alle Kopftuch tragen" und viele ähnliche sind nicht nur an reaktionären Stammtischen zu hören, sie sind mittlerweile Bestandteil des normalen Alltags. Oft genug sollen Statistiken beweisen, dass derlei Behauptungen wahr sind. Überzeugte Alt- und Neonazis sind damit sicherlich nicht zu überzeugen. Doch viele Junge und Alte sind oft allzu gern bereit, solchen Unsinn zu bejahen. Wem es schlecht geht braucht jemanden, der schuld ist - eben einen Sündenbock. Dann sind eben die Ausländer schuld an der ganzen Misere.

Vierundvierzig dieser Lügen wird in diesem Buch entgegnetreten. Am Ende des Buches gibt es eine Liste mit weiterführender Literatur. Ebenso gibt es innerhalb der einzelnen Kapitel zusammenhängende Übersichten, Begriffsbestimmungen, Erläuterungen der Gesetzeslage usw., die wesentlich zum Verständnis beitragen.

"Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg! Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt." Es ist geeignet für Jugendliche ab 13. Es ist im Verlag an der Ruhr, 2002, erschienen. Das Buch hat 248 Seiten und kostet 13,80 EUR. (ISBN 3-86072-992-6)

Kulturhauptstadt

Wer kennt sie nicht, diese schöne grüne Karte, die einem die Arbeitslosigkeit, wenn schon nicht erleichtert, so doch mit Kultur anfüllen kann. Die Kulturkarte. Man bekommt sie beim Arbeitsamt. Dort wird sie im Auftrage der Landesregierung ausgegeben. Auch ich befinde mich auf dem Weg in die Arbeitslosigkeit und damit auf dem Weg zum Arbeitsamt - das jetzt Agentur für Arbeit heißt. Ich versuche mich zu motivieren, denn arbeitslos zu sein, ist nun wirklich nicht das, wovon Mann/Frau träumt. Das denken nur die Stammtischler, deren Grips nur dazu reicht nachzuplappern, was ihnen von Politikern täglich entgegenschallt.

Ich stelle mir das schöne Grün der Karte vor und sehe, wie sich vor mir die Pforten von Museen, Bibliotheken und Musikveranstaltungen vergünstigt öffnen. Doch es gibt sie nicht mehr, die Kulturkarte. Das Land Bremen hat kein Geld für Vergünstigungen dieser Art mehr. Ich komme mir noch jetzt Stunden später vor wie ein Wackeldackel, nur dass mein Kopf nicht auf und nieder, sondern in einer Tour horizontal hin und her geht. Ich kann es nicht fassen. Das Land Bremen hat kein Geld mehr.

Fortsetzung von Seite 1

Mitdenkenden Organisatoren sei Dank gab es dort gegen eine Spende auch etwas zu trinken. Es gab gute Redebeiträge u.a. vom CDU-Bürgermeister der Gemeinde, Landrat und einer Schülerin. Und es gab eine hervorragende Lifeband. Ich fände es bedauerlich, wenn die Neonazis uns - mangels Masse - so schnell klein kriegen würden. Die lachen sich doch eins ins Fäustchen, wenn wir nächstes Mal nur mit 250 Leuten vor ihren Toren stehen. Also kommt alle, Mitfahrgelegenheiten finden sich immer - Termin wird noch bekannt gegeben.

Silke

Gerold Fleßner

weiter auf Seite 4

Termine im August 2005

06. August, 12:00 Uhr

„MAHNWACHE ZUM 60. JAHRESTAG DER ATOMBOMBENABWÜRFE AUF HIROSHIMA UND NAGASAKI“

Es spricht Dr. Lars Pohlmeier, Vorstandsmitglied von IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs - Ärzte in Sozialer Verantwortung). Außerdem werden Schlagwort-Informationen zu den Themen Atomwaffen und Atomstrahlung gegeben. Musikalische Beiträge von Florian Oberlechner (Akkordeon) von der Hochschule für Künste. Bitte Blumen für das Peace-Zeichen mitbringen!

Veranstalter: Bremer Friedensforum
Ort: Marktplatz

08. August bis 12. August

„INTERNATIONALES FRIEDENS-WORKCAMP - 20 JAHRE PARTNERSCHAFT MARZABOTTO/ITALIEN UND BÜRGERHAUS VEGESACK“

Die Bürger aus Marzabotto und Bremen-Nord veranstalten ein Besuchsprogramm, verschiedene Diskussionsveranstaltungen und ein gemeinsames Campfest. Gäste

sind herzlich willkommen.

Veranstalter: Int. Friedensschule
Ort: Lidice-Haus

28. August bis 02. Oktober

„AUSSTELLUNG ZUM THEMA »ENTFERNUNG VON DER TRUPPE. KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG UND DESERTION IM 3. REICH«“

Eröffnung 11:30 Uhr im Anschluss an den Gottesdienst (es spricht Armin Stolle vom Bremer Friedensforum)

29. September, 20:00 Uhr

„DAMALS SOLDAT, HEUTE KRIEGSGEGNER - EIN BREMER ZEITZEUGE BERICHTET.“ Es spricht Herbert Breidbach von der VVN-BdA.

Veranstalter: Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, Bremer Friedensforum, DFG-VK, St. Stephani-Gemeinde, VVN-BdA

Ort: St. Stephani-Kirche

01. September, 17:00 Uhr

„ZUM ANTIKRIEGSTAG“

Mahnwache mit Kundgebung und u.a. Ansprache von Herbert Behrens (ver.di)

Veranstalter: Bremer Friedensforum
Ort: Marktplatz

01. September, 20:00 Uhr

„DESERTION UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG IN UNSERER ZEIT“

Veranstaltung mit Rudi Friedrich (Connection e.V.) im Rahmen der Ausstellung »Entfernung von der Truppe. Kriegsdienstverweigerung und Desertion im 3. Reich« (28. August bis 02. Oktober)

Veranstalter: Bremer Friedensforum
Ort: St. Stephani-Kirche

www.vvn-bda.de

Fortsetzung von Seite 3

Das ist nun wirklich nichts, was unser-eins noch groß erschrecken könnten, nur dass es so schlimm steht, dass nicht einmal die Handvoll Arbeitsloser, die die Kulturkarte tatsächlich wie auch ich genutzt hatten, auf diese Rosine im missratenen Kuchen der Arbeitslosigkeit verzichten müssen, dass erschreckt dann schon. Wäre ich nicht so frustriert, würde ich lachend in der Ecke liegen, denn es kann sich hierbei ja wohl in Wirklichkeit nur um einen Scherz handeln. Nur zum Lachen ist mir nun wahrlich nicht zu Mute.

Hatte ich mir schon bei meiner letzten Arbeitslosigkeit immer wieder Kunst und Kultur oder auch den Schwimmbadbesuch verkniffen, weil selbst der ermäßigte Preis mein Budget zu sehr belastete,

stehe ich jetzt vor dem kulturellen Aus. Dass das Geld nicht für ein Bierchen am Stammtisch reicht, hat ja durchaus seine Vorteile, siehe oben, schließlich kennt man sich bei Penny. Steht dort in lockerer Runde zwischen Brotregal und Gemüsestand mit dem Sechserpack der allseits so beliebten Hausmarke unterm Arm bei einem netten Plausch unter ebenfalls Betroffenen. Die Vereinsamung der Betroffenen nimmt zu und die Verblödung auch. Es darf nicht wahr sein, aber schließlich muss Bremen ja irgendwo sparen oder? Kulturhauptstadt ja, aber Arbeitslose sind nicht einmal als Zaungäste dabei. Ich stehe kurz vor einem Schütteltrauma. Ich kann es nicht fassen.

Viele Grüße vom Wackeldackel (dem mittlerweile das Lachen vergangen ist)

„Der Bremer Antifaschist“, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen, erreichbar.

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de

Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0172-9822790) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

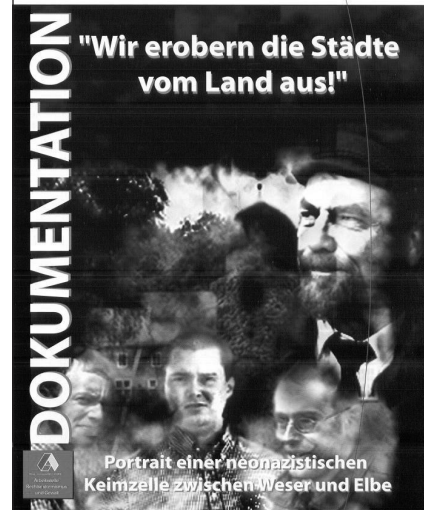
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Von: Arbeitsgemeinschaft Rechts-extremismus und Gewalt (ARUG) zus. mit Andrea Röpke für 5,- EUR



Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit
- Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- Ich möchte den „Bremer Antifaschist“ probeweise / regelmäßig beziehen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bremen, den _____